

## RATSINFORMATIONSSYSTEM DER STADT TRIER

**Auszug - Petrisbergaufstieg: Ergebnis der Potenzialstudie Seilbahn sowie weiteres Vorgehen**

<b>Sitzung:</b>	Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates		
<b>TOP:</b>	Ö 24		
<b>Gremium:</b>	Stadtrat	<b>Beschlussart:</b>	geändert beschlossen
<b>Datum:</b>	Do, 28.06.2012	<b>Status:</b>	öffentlich/nichtöffentlich
<b>Zeit:</b>	16:04 - 20:01	<b>Anlass:</b>	ordentliche Sitzung
<b>Raum:</b>	Großer Rathaussaal, Rathaus, Verw. Geb. I, Am Augustinerhof		
<b>Ort:</b>			
<b>Vorlage:</b>	162/2012 Petrisbergaufstieg: Ergebnis der Potenzialstudie Seilbahn sowie weiteres Vorgehen		
<b>Status:</b>	öffentlich	<b>Vorlage-Art:</b>	StR öffentlich
<b>Berichterstatter:</b>	Beigeordnete Kaes-Torchiani	<b>Aktenzeichen:</b>	61
<b>Federführend:</b>	Stadtplanungsamt	<b>Bearbeiter/-in:</b>	Kannenberg, Wilko

Vor Einstieg in die Diskussion wies Herr Oberbürgermeister Jensen darauf hin, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Änderungsantrag vom 18.06.2012 zurück gezogen habe.

Ratsmitglied Herr Albrecht sprach aus Sicht der CDU-Fraktion zu der in Rede stehenden Vorlage. Man müsse irgendwann einmal in der Stadt Trier zu Entscheidungen kommen, auch wenn es schwer falle. Man sei froh, in diesem lange Zeit so umstrittenen Punkt heute zu einer Entscheidung zu kommen und die Studie nun vorliegen zu haben.

Allerdings sei der Ablauf etwas erschreckend gewesen vor dem Hintergrund des Verhaltens hinsichtlich künftiger Verkehrsprojekte. Die Gegebenheiten und die Prognosen haben sich im vorliegenden Fall im Laufe der Jahre so radikal verändert, dass man sich fragen müsse, auf welche Prognosen denn künftig die Pläne gestützt werden sollen.

Die CDU-Fraktion werde in der Konsequenz nun mit Nachdruck fordern, dass der Moselbahndurchbruch jetzt schnellstmöglich geschaffen werde. Das habe nicht nur Auswirkungen auf die ÖPNV-Anbindung der Höhenstadtteile, sondern auch auf die übrige Stadt Trier. Der Gutachter habe sehr intensiv beschrieben, dass sich jetzt die Priorität auf etwas anderes richten müsse und das sollte nun zügig und unverzüglich angegangen werden.

Die CDU-Fraktion begrüße die Vorlage, stimme ihr zu und hoffe auf eine baldige Lösung im Interesse der Anwohner der Höhenstadtteile.

Ratsmitglied Herr Lehnart konstatierte, dass die SPD-Fraktion unter Punkt 1 der Vorlage die Potenzialuntersuchung zur Kenntnis nehme, wenn auch mit unterschiedlicher Bewertung. Unter Punkt 2 nehme sie zur Kenntnis, dass die Seilbahnvariante gegenüber der Busvariante nicht die verkehrliche Wirkung erziele, zumal die Variante S 1 von der Porta ausgehend städtebauliche Eingriffe in den Alleenbereich nach sich ziehen würde, die nach Auffassung der SPD-Fraktion nicht zu vertreten seien. Sie schließe sich deshalb der Empfehlung unter Punkt 2 an, die Seilbahnvariante nicht weiter zu verfolgen.

Die SPD-Fraktion nehme im Weiteren zur Kenntnis, dass bezüglich der Busvariante in der aktuellen Studie die ermittelten Neuverkehre gegenüber den Werten der Studie aus dem Jahr 2003 nach unten abweichen. Sie nehme aber auch zur Kenntnis, dass es sich bei diesen beiden Untersuchungen, so in der Vorlage thematisiert, um methodisch unterschiedliche Ansätze handele und somit die Zahlen, wie es in der Vorlage weiter heiße, nicht ohne Weiteres vergleichbar seien. Dennoch werden sie dem Beschlusstenor zugrunde gelegt. Die Zahlen seien auch deshalb niedriger - so ehrlich sei die Studie -, weil das damalige Szenario pro ÖPNV ausgerichtet gewesen sei und neben dem Petrisbergaufstieg Projekte wie die Regionalbahn mit sämtlichen Haltepunkten und weiteren ÖPNV-Maßnahmen im Stadtgebiet mit eingeflossen seien, was hinsichtlich des gesamten ÖPNV-Gesamtpaketes zwangsläufig zu höheren ÖPNV-Nutzerzahlen führte. Die aktuelle Studie sehe solitär nur den Aufstieg.

Die SPD-Fraktion nehme weiter zur Kenntnis, dass sich die Einwohner-, Arbeits- und Studierendensituation auf dem Plateau abweichend von den damaligen Annahmen entwickelt habe und zu einem anderen Verkehrsverhalten geführt habe.

Als Beispiel sei die fußläufige Nähe zwischen Uni und Studentenwohnheim genannt, die mit Sicherheit auch Individualverkehr meide. Darüber hinaus habe sich das Verkehrsverhalten auch deshalb geändert und in den vorhandenen Strukturen gefestigt, weil das anvisierte Angebot des ÖPNV-Gesamtpaktes nur schleppend oder gar nicht realisiert worden sei und somit die möglichen Potenziale nur gering ausgeschöpft werden konnten. Dies bedauere die SPD-Fraktion sehr. Es sei also belegt, dass es nicht an dem Projekt Petrisbergaufstieg liege, dass sich die Zahlen so entwickelt haben, sondern an dem sich im Laufe der Zeit geänderten Verkehrsverhalten mangels Alternativen. Der dadurch entstandene geringere Kosten-Nutzungseffekt verringere die finanzielle Förderfähigkeit, zumal manche Förderungen ganz auslaufen werden.

Die SPD-Fraktion vertrete schon die Auffassung, dass der Aufstieg vielleicht bei geänderten zukünftigen Rahmenbedingungen weiter seine Berechtigung habe und dass er als Option erhalten bleibe und sie begrüße daher die Formulierung in Punkt 3 des Beschlusstextes, dass der Neubau einer eigenständigen Bustrasse *vorerst* nicht weiter verfolgt werde. Die Fraktion begrüße auch, dass in der Begründung auf Seite 6 die Option einer späteren Realisierung inhaltlich sehr fundiert untermauert werde, insbesondere, wenn der Fall pro ÖPNV mal eintreten sollte. Die Zielsetzungen seien vom Rat mehrfach formuliert worden.

Ratsmitglied Herr Lehnart führte weiter aus, dass in vielen Beiträgen suggeriert werde, dass ein Expressbus durch das Kürenzer und das Oewiger Tal die Alternative zum Petrisbergaufstieg darstellen solle. Dies sei nicht möglich, weil es sich allenfalls um eine Attraktivitätssteigerung im vorhandenen Netz handele und dies auch nur dann, wenn die baulichen und verkehrlichen Voraussetzungen in beiden Tälern realisiert werden. Und das werde nach der städtischen Haushaltslage noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Erhebliche Kundenzuwächse seien nach Aussagen der Fachleute ebenfalls nicht zu erwarten, da im Gegensatz zum direkten Aufstieg eine Erschließung des vorderen Petrisberges und des Wissenschaftsparks mit einer solchen Linie, die direkt zur Uni führen solle, räumlich überhaupt nicht möglich sei.

Nun sei die Situation so wie dargestellt und man habe eine pro ÖPNV-Entwicklung einschließlich ihrer möglichen Finanzierung durch zu viele Untersuchungen, Analysen und Studien verpasst. Die verlorene Zeit räche sich im Nachhinein, aber die Hoffnung sterbe zuletzt. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Frau Reinermann-Matatko bezog aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stellung zu der in Rede stehenden Vorlage, aus der man drei Dinge lernen könne.

In der Power-Point-Präsentation des Gutachterbüros heiße es, dass für eine abschließende Empfehlung eine wirtschaftliche Betrachtung notwendig sei. Was bedeute dies? Sei die Empfehlung damit hinfällig und der Stadtrat könne tun, was er wolle? Es klinge so, als handele sich um eine Glaubensfrage.

Es sei schade, dass man es zur Zeit des Ampelbündnisses nicht geschafft habe, sich auf ein Verkehrsmittel zu einigen. Man sei sich einig darin gewesen, dass man den Petrisbergaufstieg wolle, aber man sei sich nicht über das Wie einig gewesen.

Wenn versucht worden wäre, Finanzierungsmöglichkeiten zu finden und neue Ideen zu überlegen, dann wäre ein Petrisbergaufstieg möglich gewesen. Im Bereich des ÖPNV zeige sich immer wieder, dass, wenn das Angebot geschaffen werde, es auch in Anspruch genommen werde. Aber solange es nicht geschaffen werde, sei natürlich auch erst mal keine Nachfrage sichtbar. Insofern sei es schade, dass man die Chance verpasst habe.

Als weiteren Punkt könne man aus der Vorlage lernen, dass vor Jahren prognostizierte Annahmen mit höchstwahrscheinlich eintretenden Fallzahlen so nicht eingetreten seien. Insbesondere die Einwohnerzahl auf dem Tarforster Plateau sei anscheinend deutlich geringer als seinerzeit prognostiziert.

Dieser Punkt erinnere an die Prognosen, die derzeit im Zusammenhang mit dem Flächennutzungsplan abgegeben werden und die einen starken Wachstum im Gewerbe und bei den Wohnflächen vorhersagen. Vor dem Hintergrund der nun vorliegenden Ergebnisse müssen in Zukunft alle solche Annahmen hinterfragt werden.

Der dritte Punkt, den man aus der Vorlage lerne, sei, dass die Regionalbahn ein ganz wesentliches Element sei, wenn man mehr ÖPNV in der Stadt wolle. Auch hier werde darauf hingewiesen, dass die ursprünglich prognostizierten ÖPNV-Nutzerzahlen nicht erreicht werden können, weil die Regionalbahn nicht weiter entwickelt worden sei. In der Region gebe es nach wie vor das Problem, dass Bus und Bahn nicht an einem Strang ziehen. Solange dies nicht der Fall sei, werde man beim ÖPNV auch nie wirklich weiter kommen, weder beim Petrisbergaufstieg, noch bei irgendwelchen anderen Themen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe ihren Änderungsantrag zurück gezogen, weil die Vorlage nach der Sitzung des Dezernatsausschusses IV von der Verwaltung verändert worden sei. Allerdings gebe es immer noch einen Punkt, der der

Fraktion Bauchweh bereite. Dies sei Punkt 4 der Vorlage, wonach die Verwaltung ein Maßnahmenpaket vorbereiten solle. Hier erwarte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine konkrete zeitliche Angabe.

Ratsmitglied Frau Probst wies darauf hin, dass sich die FWG-Fraktion in ihrer kritischen und ablehnenden Haltung gegenüber dem Petrisbergaufstieg bestätigt sehe. Von Beginn an habe sie den Standpunkt vertreten, dass weder Seilbahn noch Bustrasse ein akzeptables Kosten-Nutzenverhältnis liefern, wenn nicht alle Voraussetzungen geschaffen seien.

Noch vor nicht all zu langer Zeit haben Herr Oberbürgermeister Jensen, Frau Beigeordnete Kaes-Torchiani und die befürwortenden Fraktionen erklärt, dass es überhaupt keine Alternative zum Petrisbergaufstieg gäbe, ohne dabei die kleineren und kostengünstiger umsetzbaren Möglichkeiten in Betracht zu ziehen.

Die jetzt angeregte Expresslinie und der Moselbahndurchbruch seien wichtige Bausteine im Gesamtkonzept und finden die volle Zustimmung der FWG-Fraktion. Man habe Verständnis dafür, dass es besonders den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen schwer falle, sich von ihrem Lieblingsprojekt zu verabschieden. Es gehe auch hier nicht darum, aus Gegnern Fans zu machen.

Kein Verständnis habe die FWG-Fraktion jedoch dafür, dass in Punkt 3 des Beschlusstexts abweichend vom ursprünglichen Verwaltungsvorschlag das Wort „vorerst“ ergänzt worden sei. Dieses „vorerst“ stehe im krassen Widerspruch zur Begründung der Verwaltungsvorlage. Die FWG-Fraktion lehne diesen Zusatz nicht nur ab, sondern stelle den Antrag, das Wort „vorerst“ aus dem Beschlussvorschlag zu streichen. Mit dieser Aussage werden wieder einmal Hoffnungen geweckt, die schlicht und einfach nicht finanzierbar seien.

Leider sei an dieser Stelle auch deutlich anzumerken, dass durch die jahrelangen Prüfungen in verschiedenen Ämtern und Institutionen erhebliche Planungskosten und damit Steuergelder in den Sand gesetzt worden seien, nicht zuletzt auch viele wertvolle und teure Zeit des eingebundenen Personals. Daher sollte man sich darauf besinnen, künftig keine Planungsmittel mehr für Projekte einzustellen, die im überschaubaren Rahmen nicht finanzierbar und umsetzbar seien.

Die FWG-Fraktion appelliere an die Verwaltung, die in der Vorlage vorgeschlagenen Maßnahmen schnellstmöglich umzusetzen, damit insbesondere das verbesserte Angebot im ÖPNV Früchte tragen könne. Sollte das Wort vorerst nicht aus dem Punkt 3 des Beschlusstexts gestrichen werden, bitte die FWG-Fraktion um Einzelabstimmung der Beschlusspunkte. Sie werde dann dem Punkt 3 nicht zustimmen.

Zudem beantrage die FWG-Fraktion, den Punkt 4 hinter dem Wort „vorbereiten“, um die Worte „im Rahmen des Mobilitätskonzeptes 2025“ zu ergänzen. Damit sei eine Grundlage auch hinsichtlich der zeitlichen Perspektive gegeben.

Die FDP-Fraktion sei froh, dass es nun vorbei sei, so Ratsmitglied Herr Brand. In Zukunft sollte sich der Stadtrat auch im Hinblick auf die desolante Haushaltslage auf wesentliche Punkte, so z. B. den Moselaufstieg, konzentrieren.

Auch im Hinblick auf das Mobilitätskonzept sollte darauf geachtet werden, dass die Stadt irgendwann dem Verkehrsinfarkt erliegen werde, wenn immer weitere Siedlungen in den Höhenstadtteilen zugelassen werden.

Ratsmitglied Frau Reineremann-Matatko begründete das Abstimmungsverhalten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Änderungsanträgen der FWG-Fraktion.

Wenn es dazu kommen sollte, dass das Wort vorerst wieder gestrichen werde - wegen dieses Wortes habe die Fraktion ihren im Vorfeld eingereichten Änderungsantrag zurück gezogen -, dann werde sie Punkt 3 der Vorlage ablehnen.

Die beantragte Ergänzung in Punkt 4 „im Rahmen des Mobilitätskonzeptes 2025“ sehe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht als ausreichend an. Sie wolle den Zeithorizont und die „Deadline“ für die Umsetzung genau festgeschrieben wissen.

Frau Beigeordnete Kaes-Torchiani erwiderte, dass sie die Antwort darauf nicht geben könne. Im Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2013/2014 sei die Maßnahme enthalten. Wenn dies so beschlossen werde, dann könne es auch umgesetzt werden.

Auf nochmalige Nachfrage von Ratsmitglied Frau Reineremann-Matatko erklärte die Baudezernentin, dass in den Planungen enthalten sei, dass der Moselbahndurchbruch so schnell wie möglich komme. Damit seien die Straßenbauvorgaben gemacht und man könne die Straße bauen, wenn das Geld dafür vorhanden sei. Und damit sei die kurze Umfahrung gemacht. Ansonsten befinde man sich schon in Gesprächen mit den Stadtwerken, um vielleicht einen Expressbus auch ohne diesen Straßenbau schon frühzeitiger einzusetzen.

Ratsmitglied Herr Albrecht meldete sich wegen des Wortes „vorerst“ in Punkt 3 des Beschlusstextes noch einmal zu Wort. Er hätte gerne einen Kompromiss mitgetragen. Im Ausschuss sei bereits dargelegt worden, dass man dies offen lasse, ohne dies zu präjudizieren. Nun werde ausdrücklich der Antrag gestellt.

Es sei bereits deutlich geworden, dass es für die CDU-Fraktion eine endgültige Sache sei, aber man ja nie wisse, was kommen werde.

An Ratsmitglied Frau Probst richtete Ratsmitglied Herr Albrecht die Frage, ob es ausreiche, wenn zu Protokoll genommen werde, dass CDU und FWG der Auffassung seien, dass der Beschluss einen endgültigen Charakter habe.

Das Wort „vorerst“ bewirke von der Abstimmung her gar nichts. Es habe keine Auswirkungen, ob es im Beschlusstext stehe oder nicht.

Ratsmitglied Herr Spang wies darauf hin, dass der Änderungsantrag der FWG-Fraktion nur den Stand der ursprünglichen Verwaltungsvorlage, so wie sie dem Dezernatsausschuss vorgelegt worden sei, wieder herstelle. Das Wort „vorerst“ sei lediglich eine Nebelkerze, die die Hoffnung schüre, möglicherweise das Thema doch noch einmal aufzugreifen. Dies führe jedoch zu nichts, so die Auffassung von Ratsmitglied Herr Spang, und es sollte heute eine klare und eindeutige Entscheidung getroffen werden. Der Neubau einer eigenständigen Bustrasse werde nicht weiter verfolgt, weil er unrealisierbar sei und weil erwiesen sei, dass er keinen volkswirtschaftlichen Nutzen habe.

Die FWG-Fraktion halte an ihrem Änderungsantrag fest, damit Klarheit bestehe, dass keine weiteren Planungen betrieben werden, die reine Geldverschwendung seien und die die tatsächlich realisierbaren Maßnahmen nach hinten drängen.

Ratsmitglied Herr Lehnart konstatierte, dass es der FWG-Fraktion im Grunde genommen egal sei, ob das Wort „vorerst“ im Beschlusstext stehe oder nicht. Sie sei grundsätzlich dagegen und sei es auch schon immer gewesen.

Ratsmitglied Herr Albrecht habe eben auf den Punkt gebracht, was mit dem „vorerst“ gemeint sei. Nach 2025 könne sich so viel verändern. Das wisse man heute nicht. Es sei nur darum gegangen, sich die Option offen zu halten, dass dann über diese neue veränderte Situation nachgedacht werde. Um nichts anderes gehe es. Es könne sich sehr viel verändern und darauf müsse man reagieren können.

---

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, trat Herr Oberbürgermeister Jensen in die Abstimmung ein.

Er stellte zunächst den Änderungsantrag der FWG-Fraktion zur Abstimmung, das Wort „vorerst“ zu streichen.

Dieser Antrag wurde bei sechs Ja-Stimmen (der FWG-Fraktion), 21 Nein-Stimmen und 19 Stimmenthaltungen (15 Stimmen der CDU-Fraktion und vier Stimmen der FDP-Fraktion) abgelehnt.

Sodann stellte der Vorsitzende den FWG-Antrag auf Ergänzung des Punktes 4 um die Worte „im Rahmen des Mobilitätskonzeptes 2025“ zur Abstimmung.

Diesem Antrag stimmte der Stadtrat bei 17 Ja-Stimmen (neun Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sechs Stimmen der FWG-Fraktion und zwei Stimmen der Linksfraktion) und 29 Stimmenthaltungen (der übrigen Fraktionen und des Oberbürgermeisters) zu.

Die übrige Vorlage wurde vom Stadtrat bei einer Stimmenthaltung (der FWG-Fraktion) angenommen, so dass folgende Beschlusslage vorlag:

1. Der Stadtrat nimmt die „Potenzialuntersuchung Petrisbergaufstieg Trier“ zur Kenntnis.
2. Die Seilbahn wird als potenzielles Verkehrsmittel für eine Verbesserung der ÖPNV-Verbindung zwischen Talstadt und Höhenstadtteilen nicht weiter verfolgt.
3. Der Neubau einer eigenständigen Bustrasse zur Verbesserung der ÖPNV-Verbindung zwischen Talstadt und Höhenstadtteilen (vgl. Vorlage 010/2006) wird vorerst nicht weiter verfolgt.

4. Die Verwaltung wird beauftragt die Erarbeitung eines Maßnahmenpakets zur Verbesserung der ÖPNV-Verbindung zwischen Talstadt und Höhenstadtteilen ohne das Projekt „Petrisbergaufstieg“ vorzubereiten im Rahmen des Mobilitätskonzeptes 2025.